

Höpner, Martin

Working Paper

Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880?2002

MPIfG Discussion Paper, No. 04/10

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Höpner, Martin (2004) : Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880?2002, MPIfG Discussion Paper, No. 04/10, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/19912>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Discussion Paper 04/10

**Sozialdemokratie, Gewerkschaften und
organisierter Kapitalismus, 1880–2002**

Martin Höpner



Martin Höpner

Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880–2002

MPIfG Discussion Paper 04/10
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies Cologne
Oktober 2004

© 2004 by the author(s)

MPIfG Discussion Paper | ISSN 0944-2073

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

This article discusses the roots and the development of the Social Democratic preference for corporate governance liberalization. I show that the preference for competition is a pre-strategic, fundamental preference. German organized capitalism, in the sense of competition-limiting company cooperation and coordination, cartels and interlocking ownership, and companies' penetration with meso and macro perspectives, rooted in the 1880s. Already in the *Kaiserreich*, the labor movement interpreted the cartelized economy as the ripest form of capitalism. During the second half of the Weimar Republic, organized capitalism was seen as being superior to competition, as adding socialist principles to a capitalist economy, and as civilizing capitalism. National Socialism caused an eruptive preference change. After world war II, completed by the Godesberg and Düsseldorf manifestos, a preference for competition policy emerged. The relatively liberal SPD and trade union attitudes towards corporate governance reforms in the late 1990s and the early 2000s stand in this tradition.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden Ursprünge und Entwicklung der sozialdemokratischen Präferenz für die Liberalisierung der Unternehmenskontrolle diskutiert. Es wird gezeigt, dass die Vorliebe für Wettbewerbspolitik in den Bereich der vorstrategischen, fundamentalen Präferenzen fällt. Der organisierte Kapitalismus, hier verstanden als Begrenzung des Wettbewerbs durch Unternehmenskooperation und -koordination, Delegation von Entscheidungsbefugnissen an Kartelle oder Unternehmensnetzwerke und damit verbundene Durchdringung der Unternehmen mit über die Einzelwirtschaft hinausweisenden Perspektiven, hat sich in Deutschland etwa ab den 1880er-Jahren herausgebildet. Organisation durch Kartelle galt bereits in der Arbeiterbewegung des Kaiserreichs als reifste Form des Kapitalismus. Während der zweiten Hälfte der Weimarer Republik wurde kapitalistische Organisation durchweg als dem Konkurrenzkapitalismus überlegene, kapitalistische Anarchie durch sozialistische Prinzipien ergänzende, das Kapital zivilisierende Wirtschaftsform interpretiert. Der Nationalsozialismus löste einen eruptiven Präferenzwechsel in der Arbeiterbewegung aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vollendet durch die Godesberger und Düsseldorfer Programme, bildete sich die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Präferenz für Wettbewerbspolitik heraus, in deren Tradition die liberale Haltung von SPD und Gewerkschaften während der Reformen der Unternehmenskontrolle der späten 1990er- und frühen 2000er-Jahre stand.

Inhalt

1	Wettbewerbspolitik von links	5
2	Von Marx zu Schoenlank	7
3	Bernsteins Revisionismus	10
4	Der organisierte Kapitalismus als Vorstufe der Wirtschaftsdemokratie	14
5	Hegemonie des Hilferding-Paradigmas	17
6	Die Abkehr vom organisierten Kapitalismus	22
7	Wandel fundamentaler Präferenzen	27
	Literatur	30

Die politische Ökonomie ... ist die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen. ... Die Bedingungen, unter denen die Menschen produzieren und austauschen, wechseln von Land zu Land, und in jedem Lande wieder von Generation zu Generation. Die politische Ökonomie kann also nicht dieselbe sein für alle Länder und alle geschichtlichen Epochen. (Friedrich Engels im „Anti-Dühring“, 1878/1971: 136)

1 Wettbewerbspolitik von links

Seit Mitte der neunziger Jahre haben politische Reformen an der Flexibilisierung der Beziehungen zwischen Industrie und Banken, der sich beschleunigenden Auflösung des Unternehmensnetzwerks, der zunehmenden Kapitalmarktorientierung der Unternehmen und der Aktivierung des Markts für Fusionen und Übernahmen – kurz, der Schwächung des „rheinischen“ Kapitalismus – mitgewirkt. Wer die parteipolitischen Auseinandersetzungen hinter diesen Veränderungen betrachtet, mag von der Haltung der Sozialdemokratie überrascht sein: Im deutschen Parteienspektrum erweist sich die SPD als politische Förderin des Finanzmarktkapitalismus, die kooperative, koordinierende und deshalb marktbegrenzende Beziehungen zwischen Unternehmen aufzubrechen sucht und, im Vergleich zur CDU, im Konflikt zwischen Minderheitsaktionären und Banken sowie Mehrheitsaktionären für kapitalmarktorientierte Reformen steht.

Im Jahr 1998, noch unter der Regierung Kohl, wurde mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) eine erste, politisch umstrittene Reform der Unternehmenskontrolle verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurden Stimmrechtsbeschränkungen und Mehrfachstimmrechte auf Hauptversammlungen verboten. Aktienoptionsprogramme und Aktienrückkäufe wurden legalisiert. In den Debatten über das KonTraG zeigte sich, dass die SPD im Vergleich zur CDU weiterreichende Reformen im Sinn hatte. Um der „Sowjetisierung der deutschen Wirtschaft“, der „wettbewerbs- und innovationsfeindlichen Verflechtung und Verkrustung“¹ der deutschen Unternehmenslandschaft entgegenzuwirken, forderte die SPD ein Entflechtungsgesetz, das Banken und Versicherungen den Besitz von Aktienpaketen ab einer Höhe von 5 Prozent des Aktienkapitals von Industrieunternehmen untersagen sollte. Mit der Ende 1999 beschlossenen Abschaffung der Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Aktienpaketen bei Kapitalgesellschaften förderte die rotgrüne Bundesregierung den Entflechtungsprozess steuerpolitisch, während Kanzlerkandidat Stoiber im Wahlkampf des Jahres 2002 versprach, diese Steuer als Kanzler

Ich danke Klaus Dörre, Philip Manow, Britta Rehder, Armin Schäfer, Wolfgang Streeck, Christine Trampusch, Paul Windolf und allen Teilnehmern der Konferenz „Finanzmarktkapitalismus“, die am 24./25. März 2004 in Bad Herrenalb stattfand, für hilfreiche Hinweise und Kommentare.

1 So Hans-Martin Bury (SPD) in der Bundestagsdebatte zum KonTraG am 5.3.1998.

wieder einzuführen. Auch in der Debatte über das Übernahmegesetz im Jahr 2001 zeigte die Sozialdemokratie im Vergleich zur CDU das liberalere² Profil. Die Forderungen der CDU nach niedrigeren Hürden bei der Einleitung von Abwehrmaßnahmen der Unternehmensleitungen bei feindlichen Übernahmegeboten lehnte die SPD ab.³ Kurz: In der gegenwärtigen Transformation des Kapitalismus stellt sich die SPD, nicht die CDU, als Partei der Märkte dar.

Warum ist das so? Sollten nicht gerade Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein Interesse an einem auf Kapitaleseite organisierten, der politischen Steuerung damit zugänglichen Kapitalismus haben? Resultiert die vergleichsweise aktionärsorientierte sozialdemokratische Positionierung aus tagespolitischen Ad-hoc-Erwägungen, oder liegen ihr historisch gewachsene, vorstrategische Erwägungen zugrunde? Diese Fragen werden nachfolgend auf Grundlage einer Betrachtung der historischen Entwicklung der Haltung der Arbeiterbewegung zum organisierten Kapitalismus beantwortet, die bis in die 1880er Jahre zurückreicht. Ich zeige, dass sich die vorstrategische, im Sinn von Hall (2004): *fundamentale* Präferenz der Arbeiterbewegung für Märkte im Zielkonflikt zwischen kapitalseitiger Organisation und Wettbewerb bereits in den späten vierziger und fünfziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts herausbildete. Sie resultierte aus der Abkehr von politischen Überzeugungen während der Weimarer Phase, die ihrerseits in Debatten des Kaiserreichs wurzelten. Noch in den späten zwanziger Jahren hatte die Sozialdemokratie den organisierten Kapitalismus als Keimzelle der Wirtschaftsdemokratie gewürdigt. In den späten fünfziger Jahren war die Entwicklung der Programmatik, auf der die aktionärsorientierten Reformen der Sozialdemokratie seit dem Regierungswechsel von 1998 beruhen, im Wesentlichen abgeschlossen. Die Betrachtung zeigt allerdings auch, dass die Antworten der Sozialdemokratie auf den organisierten Kapitalismus in jeder Phase bis heute ambivalent und prinzipiell revidierbar blieben.

Der Begriff „organisierter Kapitalismus“ bezeichnet in diesem Beitrag ausschließlich unternehmensseitige Organisation im Schnittpunkt von Wettbewerbspolitik und Unternehmenskontrolle.⁴ Er verweist auf die Entstehung von vertraglichen, durch Ver-

2 Liberal meint hier: auf die Stärkung von Wettbewerb und Kapitalmärkten setzend. Anders als in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beruht Wettbewerbsstärkung in diesem Politikfeld auf der Zunahme von Regulierung, nicht auf Deregulierung.

3 Die CDU forderte beispielsweise, die im Gesetz vorgesehene Geltungsdauer der Vorratsbeschlüsse der Hauptversammlung zur Genehmigung von Abwehrmaßnahmen der Vorstände von 18 auf 36 Monate auszudehnen. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 14/7477 vom 14.11.2001.

4 Damit bezeichnet der Begriff in diesem Beitrag eine Teilmenge dessen, was in der Geschichte des Konzepts als organisierter Kapitalismus bezeichnet wurde. Insbesondere wurden auch Mitbestimmung und Gewerkschaften, der wirtschafts- und sozialpolitische Interventionsstaat sowie protektionistische Handelspolitik als Merkmale des organisierten Kapitalismus angesehen (Hilferding 1927/1982; Wehler 1974).

flechtung hergestellten, oder verbandlichen Strukturen oberhalb der Unternehmensebene, die den Wettbewerb durch Koordination begrenzen. Im organisierten Kapitalismus erfolgt Unternehmenskontrolle nicht über Kapitalmärkte, sondern über Mehrheitsaktionäre und – hier entscheidend – Unternehmensnetzwerke und unternehmensübergreifende Bindungen. Dabei ist ein Kontinuum von lockeren Absprachen oder Verflechtungen über Kartelle und Syndikate bis hin zur Extremform des umfassenden Trusts denkbar. Kennzeichen des organisierten Kapitalismus ist deshalb eine Kräfteverschiebung im Spannungsfeld zwischen einzelwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen und sektoralen oder gar (national) gesamtwirtschaftlichen Interessen auf Unternehmensseite, und damit die Durchdringung der Wirtschaft mit Perspektiven außerhalb von finanziellen Eigentümerinteressen (auf Unternehmensebene) und Konkurrenz (zwischen Unternehmen).

2 Von Marx zu Schoenlank

Für eine Analyse des organisierten Kapitalismus ist Marx zu früh gestorben. Setzt man mit Wehler (1974: 38–39) die Phase des liberalen Kapitalismus in Deutschland mit der industriellen Revolution zwischen 1850 und 1873 gleich und unterscheidet davon die zunehmende Organisation des Kapitalismus ab 1873, insbesondere aber ab dem Ende der Gründerkrise von 1873 bis 1879, dann blieben Marx gerade einmal vier Jahre, um den Prozess kapitalseitiger Organisierung vom Londoner Exil aus zu beobachten. In den Bänden des „Kapital“ finden sich allerdings einige Bemerkungen zur Aktiengesellschaft (Marx 1867/1986: 353, 654–656; 1883/1985: 357–358; 1894/1986: 399–403, 452–455), die später als Keimzelle des Kartells beschrieben wurde.⁵ Die kapitalistische Produktion habe sich dahingehend entwickelt, „dass die Arbeit der Oberleitung, ganz getrennt vom Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft“ (ebd.: 400). Die Aktiengesellschaft sei „die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ (ebd.: 452).

Von Anfang an war die deutsche Aktiengesellschaft auf die Begrenzung des Aktionärsinflusses angelegt. Der Aktionärsversammlung wurden, im Vergleich zum Aufsichtsrat, nur schwache Kontrollrechte zugestanden. In der Reichstagsdebatte zur Verabschiedung des Aktiengesetzes von 1884 führte der Abgeordnete Horwitz zur Begründung des Gesetzentwurfs aus,

daß diese Generalversammlungen in ihrer Gesamtheit eigentlich auch nicht viel Sympathie verdienen ... Ist eine tüchtige Leitung an der Spitze des gesamten Unternehmens, und sind es

5 So schrieb beispielsweise Engels über Kartelle, dass sie „die zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschaft darstellen“ (Engels in Marx 1894/1986: 453); ähnlich Hilferding (1909/1923: 111), Kautsky (1909/1972: 32), Schoenlank (1890: 492).

rechtschaffene Personen, die die Verwaltung zu kontrollieren haben, dann wird die Sache vorwärts gehen. Aber die Weisheit, die in den Generalversammlungen verzapft zu werden pflegt, ist ziemlich dünn und ungenießbar. (Protokoll der Reichstagsdebatte am 24.3.1884)

Marx erkannte die Innovation der Aktiengesellschaft und die Nachdrücklichkeit der Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt an. Eine Zurückdrängung oder gar Aufhebung kapitalistischer Rationalität – etwa im Sinne moderner Managerialismus-Theorien, also hinsichtlich der Durchdringung der Unternehmen mit den Eigentümerinteressen zuwiderlaufenden Perspektiven – mochte Marx in der Aktiengesellschaft nicht erkennen.

Engels wird nachgesagt, er habe seine Ergänzungen zum dritten Band des „Kapital“ zu einer systematischen Darstellung der Veränderungen des Kapitalismus ausbauen wollen (Krause/Rudolph 1980: 74–75). Engels empfahl der Arbeiterbewegung eine passive Haltung gegenüber Kartellen. Grundsätzliche Veränderungen des Kapitalismus seien von solch fragilen Gebilden nicht zu erwarten:

Es ist selbstredend, dass diese Experimente nur bei relativ günstigem ökonomischem Wetter durchführbar sind. Der erste Sturm muss sie über den Haufen werfen und beweisen, dass, wenn auch die Produktion einer Regulierung bedarf, es sicher nicht die Kapitalistenklasse ist, die dazu berufen ist. Inzwischen haben diese Kartelle nur den Zweck, dafür zu sorgen, dass die Kleinen noch rascher von den Großen verspeist werden als bisher.
(Engels in Marx 1894/1986: 130, Anmerkung 16)

Gleichzeitig legte Engels aber auch dar, dass Kartelle als reife Form kapitalistischen Wirtschaftens den Übergang zum Sozialismus vorbereiteten. Durch monopolistische Konkurrenz werde „der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet“ (ebd.: 454).

Diese Anmerkungen zum 1894 erschienenen dritten Band des „Kapital“ waren bereits Teil einer breiteren Debatte in- und außerhalb der Arbeiterbewegung, in der sich Engels gegen allzu optimistische Interpretationen wandte. Kleinwächters Buch „Die Kartelle“, das den Startschuss für die unüberschaubare Kartellliteratur des Kaiserreichs und der Weimarer Republik darstellen sollte, erschien bereits 1883. Er definierte Kartelle als

Uebereinkommen der Produzenten, u. zw. Unternehmen der nämlichen Branche, deren Zweck dahin geht, die schrankenlose Konkurrenz der Unternehmer unter einander einigermassen zu beseitigen und die Produktion mehr oder weniger derart zu regeln, dass dieselbe wenigstens annähernd dem Bedarfe angepasst werde, speziell beabsichtigen die Kartelle eine etwaige Ueberproduktion zu verhindern. (Kleinwächter 1883: 126–127)

und legte eine erste Klassifikation unterschiedlicher Kartelltypen vor (ebd.: 127–134). Kleinwächters Kenntnisse über Kartelle resultierten vor allem aus Briefwechseln mit Unternehmern, die sich Kartellen angeschlossen hatten. Deshalb überrascht sein positives Gesamturteil über das Kartellwesen nicht. Als Beispiel sei Kleinwächters in

Kenntnis der späteren Ereignisse naiv wirkende Beurteilung der Preispolitik kartellierter Unternehmen angeführt:

Eine Befürchtung, die ich anfänglich hegen zu sollen glaubte, (wird) von meinen Gewährsmännern nicht geteilt. Ich richtete an dieselben unter anderen auch die Frage, ob nicht etwa die Gefahr vorliege, dass die kartellierten Unternehmer, namentlich in guten Zeiten die Vereinigung missbrauchen um die Produktion über Gebühr einzuschränken und Monopolpreise zu erzielen. ... Diese Gefahr – so ungefähr lauteten die Antworten – sei nicht zu befürchten ... (ebd.: 159)

Kleinwächter beschrieb Kartelle als zeitgemäße Zünfte (ebd.: 179). Ob sie der Konkurrenz überlegen seien, könne nur das freie Spiel der Kräfte erweisen. Deshalb solle

die Regierung nur einfach die Hände in den Schooss legen und der natürlichen Entwicklung der Dinge ruhig zusehen. Ist die freie Konkurrenz die dem wirtschaftlichen Leben adäquate Form, so wird das wirtschaftliche Leben schon von selbst dafür sorgen, dass das Walten der Konkurrenz nicht gestört werde. (ebd.: 172–173)

Einige Grundüberlegungen moderner Theorien des organisierten Kapitalismus, wie zum Beispiel die Annäherung privater Unternehmen an bürokratische Organisationen (Shonfield 1968: 448), waren bereits in Kleinwächters Darlegung enthalten (ebd.: 195). Als Gegenleistung für die unterlassene Wettbewerbspolitik könne der Staat den Kartellen Pflichten auferlegen, etwa „ihre Arbeiter lebenslänglich anzustellen; ... für die Witwen und Waisen verstorbener Arbeiter zu sorgen; mit einem Worte den Arbeitern die nämliche Stellung einzuräumen, die die Staatsdiener einnehmen“ (ebd.).

Sieben Jahre später veröffentlichte Schoenlank (1890) mit seiner „Morphologie der Unternehmerverbände“⁶ die erste marxistische Analyse des Kartellwesens. Von Anfang an tat sich die politische Linke mit einer Beurteilung des Kartellwesens schwer. Die Intensität der Kartellierungswellen während und nach der Gründerkrise ließ Zweifel an der von Engels behaupteten Fragilität der Kartelle aufkommen. Nahm man sie als neues, eigenständiges Element kapitalistischer Systeme ernst, musste eine Bewertung erfolgen. Im Hinblick auf die kapitalistische Machtkonzentration und die Preispolitik der Kartelle musste die Arbeiterbewegung zwar als natürliche Gegnerin des Kartellwesens erscheinen. Die Forderung nach staatlicher Wettbewerbspolitik wäre mit theoretischen Grundsätzen allerdings nicht vereinbar gewesen. Waren Kar-

6 Es ist typisch für die frühe Kartellliteratur, dass zwischen Kartellen, Syndikaten und Trusts einerseits und Industrie- und Arbeitgeberverbänden (im heutigen Wortsinn) andererseits nicht systematisch unterschieden wurde. In Kleinwächters Kartelltypologie waren Arbeitgeberverbände eine Sonderform von Kartellen: „diejenigen Vereinbarungen ..., durch welche sich die Unternehmer verpflichten, ihren Untergebenen gegenüber nach gewissen Grundsätzen vorzugehen. In den meisten Fällen allerdings sind derartige Unternehmerverbände wohl nichts anderes als ein Gegenstück zu den Gewerkvereinen der Arbeiter ...“ (Kleinwächter 1883: 134). Siehe auch Bernstein (1899/1920: 122), Luxemburg (1899/1979: 380), Schoenlank (1890: 497, 530).

telle die am weitesten entwickelte Form unternehmerischer Organisation, hätte Entflechtung die Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte – und damit eine Verlangsamung des Übergangs zum Sozialismus – bedeutet. Schoenlanks Kartellanalyse lief auf ein ambivalentes, im Zweifel positives Urteil über Kartelle hinaus und lieferte Stoff für die sozialdemokratische Kartelldebatte der nachfolgenden Jahrzehnte. Schoenlank (1890: 495) nahm das Kartellwesen als neuartige „soziale Institution“ ernst und schrieb ihm die Fähigkeit zu, über der Einzelwirtschaft stehende Interessen nicht nur zu artikulieren, sondern überhaupt erst zu formieren, wobei die Unternehmervereinigung die Interessen der Einzelwirtschaft „mit den ihrigen solidarisch macht und die Fürsorge für dieselben ihm entwindet“ (ebd.: 502).

Den Anstoß des Kartellwesens sah Schoenlank in den durch das Versicherungswesen geschaffenen Berufsgenossenschaften (ebd.: 497). Als dem Stand der Produktivkräfte gemäße Organisationsform, „in ihrem Schosse die Keime für neue Wirtschaftsgebilde tragend“ (ebd.: 519), sollten Kartelle gegen Verbotsforderungen verteidigt werden. „Polizeigesetze gegen das Kartellwesen zu fordern“, verurteilte er als „kleinbürgerliche(n) Radikalismus“ (ebd.: 532). Gleichzeitig glaubte er, dass die Preispolitik der Kartelle nicht im Interesse der Arbeiterschaft war (ebd.: 524), dass Kartelle die Arbeitslosigkeit eher erhöhten als senkten (ebd.: 534) und dass sie die Kampfkraft der Unternehmen gegenüber der Arbeiterbewegung stärkten (ebd.: 535). Warum dann doch das im Zweifel positive Gesamturteil? Einen der späteren Kerngedanken Hilferdings (1927/1982: 218) und Naphtalis (1928/1966: 19) vorwegnehmend, glaubte Schoenlank an die prinzipielle Politisierbarkeit kartellierter Wirtschaft.

Die Integration des Einzelkapitals durch das Kartell liefert die besten Bedingungen für eine (g)ründliche Umgestaltung der Gewerbeordnung. ... Das *notwendige Komplement* der fortschreitenden Syndizierung des Industrialismus ist also die soziale Gesetzgebung. (Schoenlank 1890: 537; Hervorh. nicht im Original)

3 Bernsteins Revisionismus

Die kontroverse Kartelldebatte des Kaiserreichs wurde in der politischen Linken besonders zwischen Bernstein und Luxemburg geführt. Marxistische Theoretiker arbeiteten sich an der ausgesprochen positiven Beurteilung des Kartellwesens ab, die Bernstein in seiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899/1920) vorlegte. Bernstein glaubte, dass das Kartellwesen in Verbindung mit der Internationalisierung der Produktion stabilisierend auf den Konjunkturzyklus einwirke, so dass „wenigstens für eine längere Zeit allgemeine Geschäftskrisen nach Art der früheren überhaupt als unwahrscheinlich zu betrachten sind“ (ebd.: 113–114). Die Krisenfestigkeit der Kartelle zu bestreiten, hieße „die Vorzüge der Organisation vor anarchischer Konkurrenz zu leugnen“ (ebd.: 125). Damit

ermögliche kapitalistische Organisation einen stetigen, krisenfreien Übergang in den Sozialismus.

Demgegenüber führte Luxemburg in ihrem Aufsatz „Sozialreform oder Revolution?“ die von Engels begründete Argumentationslinie fort. Hinsichtlich der vermeintlich stabilisierenden Wirkung der Kartelle argumentierte sie, organisierte Sektoren könnten auf die zu verteilende Profitmasse nur dahingehend einwirken, dass sie ihren eigenen Anteil vergrößerten, die Profite anderer Sektoren damit aber senken müssten. „Ausgedehnt auf alle wichtigeren Produktionszweige, hebt [die Organisation] ihre Wirkung selbst auf“ (Luxemburg 1899/1979: 380). Aus Sicht der Beschäftigten, so Luxemburg, wirke die im Krisenfall durch Koordination herbeigeführte Einschränkung der Produktion wie die Krise selbst.⁷ Die durch Organisation gesteigerte Kampfkraft der Arbeitgeber sei hingegen real, wodurch sich die Intensität des Klassenkampfes potenziere (ebd.: 382).

So erscheinen die Kartelle in ihrer endgültigen Wirkung auf die kapitalistische Wirtschaft nicht nur als kein „Anpassungsmittel“, das ihre Widersprüche verwischt, sondern geradezu als eines der Mittel, die sie selbst zur Vergrößerung der eigenen Anarchie, zur Austragung der in ihr enthaltenen Widersprüche, zur Beschleunigung des eigenen Untergangs geschaffen hat. (ebd.: 383)

Auch Kautsky, nach Engels' Tod wichtigste theoretische Autorität in der Zweiten Internationale und Repräsentant der antirevisionistischen Parteimehrheit, beharrte in seiner Streitschrift „Der Weg zur Macht“ auf der These der Verschärfung der Klassenkämpfe durch kapitalistische Organisation (Kautsky 1909/1972: 34).

Auf Luxemburg antwortend, bestritt Bernstein die Prämisse einer fixen, nur als Nullsummenspiel umzuverteilenden Profitmasse. Weil weder gesamtwirtschaftliche Lohnsumme noch Profitmasse fixe Größen seien, gleiche Luxemburgs Argument „auf ein Haar dem längst in die Luft geflogenen Beweis von der Nutzlosigkeit der Gewerkschaften“ (Bernstein 1899/1920: 121). Die Frage der Profitverteilung stünde der „Verallgemeinerung der Unternehmerverbände“ (ebd.: 122) deshalb nicht im Wege. Auch insistierte Bernstein, dass durch Absprachen brachgelegtes Kapital etwas anderes sei als durch Krisen zerstörtes. Eine krisenfreie kapitalistische Entwicklung sei in der Tat denkbar, wenn auch nicht sicher (ebd.: 127). Es liegt in der Ironie linker Theoriegeschichte, dass auf beide Behauptungen der Möglichkeit eines krisenfesten organisierten Kapitalismus in den Jahren 1899 (Bernstein) und 1927 (Hilferding) unmittelbar die schwersten Wirtschaftskrisen der jeweiligen Zeitabschnitte (1900 und 1929) folgten.

7 „Ein solches Heilmittel gleicht aber der Krankheit wie ein Regentropfen dem anderen und kann nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt als das kleinere Übel gelten“ (Luxemburg 1899/1979: 381).

Auch Hilferdings epochales Werk „Das Finanzkapital“, erstmals im Jahr 1910 erschienen, war als Antwort auf Bernstein konzipiert. Bis Hilferding war die Debatte über den organisierten Kapitalismus vor allem als Kartelldebatte geführt worden (vgl. aber Kautsky 1909/1972: 32). Hilferding beschrieb drei miteinander verknüpfte Aspekte kapitalistischer Organisation: die Aktiengesellschaft, das Kartellwesen und die Macht der Banken, die den Kapitalbedarf der Aktiengesellschaften befriedigten, durch Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern Einfluss ausübten und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen regulierten. An eine langfristig stabilisierende Wirkung dieser Organisationsformen glaubte Hilferding allerdings (noch) nicht. Kartelle könnten Krisen weder verhindern, noch sich deren Wirkung entziehen (Hilferding 1910/1923: 373).

Es wär zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein. ... Die Störungen der Preisregulierung, die schließlich zu den Disproportionalitätsverhältnissen und damit zu dem Widerspruch zwischen den Verwertungs- und Realisationsbedingungen führen, werden durch die Kartelle nicht vermindert, sondern verschärft. (ebd.: 371)

Für den frühen Hilferding ebneten Aktiengesellschaften, Kartelle und das zum „Finanzkapital“ verschmolzene Industrie- und Bankenkapital auch keineswegs einen friedlichen, krisenfesten Weg in den Sozialismus. Luxemburgs Darstellung nicht unähnlich – aber wesentlich elaborierter –, wandte sich Hilferding damit gegen jene revisionistische Sicht, deren radikalster Vertreter er später werden sollte. Aber auch der frühe Hilferding stimmte mit allen anderen marxistischen Interpretationen darin überein, dass der (damals noch nicht so bezeichnete) organisierte Kapitalismus die am weitesten entwickelte, dem Stand der Produktivkräfte gemäße Spielart des Kapitalismus war. In eine etwaige Forderung nach staatlicher Entflechtung mündete Hilferdings Analyse deshalb ebenso wenig wie die Diskussionsbeiträge von Engels, Schoenlank, Bernstein und Luxemburg.

Gleichzeitig wollte man sich von der bürgerlichen Kartellbegeisterung abgrenzen. Bereits 1894 hatte Schmoller im Auftrag des Vereins für Socialpolitik einen Band zum Kartellwesen herausgegeben. Damals entschuldigte sich Schmoller noch beim Leser für das seiner Ansicht nach zu einseitig positive Bild, das die Autoren über Kartelle zusammengetragen hatten: „Die Verteidiger der Kartelle überwiegen, weil wir leichter aus ihrer Schar Mitarbeiter fanden“ (Verein für Socialpolitik 1894: VIII). Jahre später feierte Schmoller in seinem 1908 erschienen „Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ Deutschland als Land der Kartelle:

Wenn Deutschland eine stärkere Kartellbildung als andere Staaten erlebt hat, so sind zuletzt die Ursachen dieselben, welche Deutschland neben England auch an die Spitze der Genossenschaftsbewegung gestellt haben: Wir sind nach Volkscharakter und historischem Schicksal das disziplinierteste Volk, wir sind fähig, auch im wirtschaftlichen Leben uns in Reih und Glied zu stellen, durch freie Vereinbarung zusammenzuwirken. (zitiert nach Blaich 1973: 294)

Die Schwierigkeit, eine adäquate tagespolitische Antwort auf das Kartellwesen zu formulieren, zeigte sich auch in der offiziellen Programmatik der Sozialdemokratie und dem politischen Verhalten der Reichstagsfraktion. Im Zweifel wurden, mit wechselndem Nachdruck, positive Einschätzungen formuliert. Aber es gab auch Gegenstimmen. Von Vollmar, der Vorsitzende der bayerischen SPD, skizzierte im Jahr 1891 Grundsätze des sozialdemokratischen Reformismus und sagte über Kartelle:

Die Ringe betreiben systematisch eine künstliche Preissteigerung von oft geradezu ungeheurer Art und sind zu einem guten Theile nichts als wohlorganisierte Räuberbanden, welche zunächst die Arbeiter, dann das ganze verbrauchende Publikum und schließlich auch direkt den Staat selbst nach Herzenslust ausplündern. (zitiert nach Blaich 1973: 214–215)

Im Jahr 1894 nahm die SPD erstmals in einer Parteitagsentschließung zur Kartellfrage Stellung. „Trusts, Ringe, Kartelle und ähnliche großkapitalistische Organisationen“ seien „ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus“ (ebd.: 210; siehe auch Könke 1987: 49). 1902 formulierte Bebel, seine Partei erhoffe eine rasche Konzentration wirtschaftlicher Macht, „indem wir aus den Kartellen zu den Trusts und von den Trusts zur Verstaatlichung der gesamten Industrie und damit zum Sozialismus kommen“ (zitiert nach Blaich 1973: 212).

Nicht die Sozialdemokratie, sondern das Zentrum profilierte sich als Partei, die gegen die Übermacht der Kartelle kämpfte und damit Rückhalt in der katholischen Arbeiterschaft gewann. Im März 1908 brachte das Zentrum eine EntschlieÙung zur Kartellfrage in den Reichstag ein. Auch hier wurde keine Entflechtung gefordert:

Wir sind keineswegs Kartellgegner, im Gegenteil, meine Herren! Wir alle wissen, den Kartellen ist wesentlich, durch völlige oder doch mögliche Beseitigung des freien Wettbewerbs die eigene Lage zu verbessern. Wir haben aber im Gegensatz zur freisinnigen Partei in dem freien Wettbewerb niemals das Allheilmittel unserer Volkswirtschaft erblickt, und wir müssen auch sagen, ein Zusammenschluß, wie ihn die Kartelle erstreben, mit dem Zweck, die Produktion dem Bedarf anzupassen und alle überflüssigen Produktionsmittel auszuschalten, entspricht uns viel mehr als der durch den freien Wettbewerb geschürte Kampf aller gegen alle ...⁸

Gegenstand der Initiative des Zentrums war die Errichtung einer staatlichen, im Fall von Missbräuchen eingreifenden Kartellaufsicht. Die SPD stimmte der EntschlieÙung zu, um dem Zentrum keine Munition im Kampf um die Unterstützung durch die Arbeiterschaft zu liefern. Obwohl der Bundesrat die Kartellresolution zur Umsetzung an den Reichskanzler überwies, unterblieb der Aufbau einer Kartellbehörde (Blaich

8 Protokoll der Reichstagsdebatte vom 5.3.1908; das Zitat stammt von Dr. Mayer, der die vom Zentrum eingebrachte EntschlieÙung begründete. – Der Verweis auf die freisinnige Partei bezieht sich auf die linksliberale Deutsche Freisinnige Partei und die Freisinnige Volkspartei, die sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen. Die Freisinnigen vertraten vor allem kleine und mittlere Unternehmer aus dem süddeutschen Raum, die den wirtschaftlichen Machtzentren an Rhein und Ruhr kritisch gegenüberstanden (siehe dazu Blaich 1973: 229–231).

1973: 149). Als Reaktion darauf machte das Zentrum alle nachfolgenden jährlichen Etatberatungen bis zum Jahr 1914 zu Kartelldebatten. Die Sozialdemokratie stimmte den jeweiligen Vorlagen zu, versagte dem Zentrum aber jede darüber hinausgehende Unterstützung der Initiative für ein Kartellgesetz (ebd.: 216). Nicht die – wenn auch nur für den Missbrauchsfall angedachte – kurzfristige Auflösung von Kartellen, sondern deren langfristige Verstaatlichung war das Ziel der SPD.

4 Der organisierte Kapitalismus als Vorstufe der Wirtschaftsdemokratie

So gingen Sozialdemokratie und Gewerkschaften bereits mit skeptischen Positionen gegenüber staatlicher Wettbewerbspolitik in die erste deutsche Republik. Die Einsicht, dass die Organisation kapitalistischer Macht gegenüber dem Konkurrenzkapitalismus alten Typs die modernere, entwickeltere, der Umwälzung zum Sozialismus deshalb nähere Formation darstellte, teilten die Revisionisten mit ihren marxistischen Gegnern. Das Finanzkapital – verstanden als Trias aus Aktiengesellschaften, Kartellen und Banken im Zentrum des Verflechtungsnetzwerks – enthielt, wie Hilferding in einem Aufsatz aus dem Jahr 1915 formulierte, bereits die „Keime“ zur Umwandlung der Wirtschaftsordnung (Hilferding 1915/1982: 66). Durch Übernahme zentraler Positionen Bernsteins reformulierte Hilferding in der Weimarer Republik seine Theorie dahingehend, dass der organisierte Kapitalismus nicht nur die reifste kapitalistische Spielart war, sondern auch die krisenfestere, planerischere und politisierbarere – kurz, dass er nicht nur ein sozialistisches Potenzial, sondern tatsächlich bereits sozialistische Elemente in sich trug und deshalb einen evolutionären, stetigen Übergang zum Sozialismus, auf dem Weg fortschreitender Konzentration, Organisation und Planung, erlaubte.

Anders als während des Kaiserreichs avancierte dieser Revisionismus zur unumstrittenen Basisideologie von SPD und Gewerkschaften, verabschiedet auf Partei- und Gewerkschaftskongressen und repräsentiert durch die Reden und Schriften Hilferdings und Naphtalis. „Wir glauben“, schrieb die von der Grundsatzkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) eingesetzte Kommission um Naphtali (1928/1966: 35–36), „dass von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Antrieb in Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird *und bereits auszugehen beginnt*“ (Hervorh. nicht im Original). In seinem Grundsatzreferat vor dem Kieler SPD-Parteitag von 1927 formulierte Hilferding (1927/1982: 218):

Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den *prinzipiellen Ersatz* des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz *durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion*. Diese planmäßige, mit Bewusstsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewussten Einwirkung der Gesellschaft. (Hervorh. nicht im Original)

Entscheidende und damals wie heute fruchtbare Innovation der Hilferding'schen Theorie war die systematische Unterscheidung zwischen einzelwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen und sektoralen oder gar gesamtwirtschaftlich-nationalen Perspektiven auf Unternehmensseite. Im organisierten Kapitalismus sah Hilferding nicht nur die Marx'sche Vergesellschaftung der Produktion, sondern eine tatsächliche Zurückdrängung privater Einzelinteressen zu Gunsten übergeordneter, über den Tellerrand der Einzelwirtschaft hinausweisender Rationalität angelegt. So referierte Hilferding (ebd.: 217) vor dem Kieler SPD-Parteitag:

Wir haben heute alle das Gefühl, dass auch der Privatbetrieb, die Wirtschaftsführung des einzelnen Unternehmers, aufgehört hat, Privatsache dieses Unternehmers zu sein. ... [Die] Führung des Unternehmens ist nicht mehr Privatsache des Unternehmers, sondern gesellschaftliche Angelegenheit.

Somit war die Frage des normativen Stellenwerts des organisierten Kapitalismus zweifelsfrei beantwortet. Als sozialistische Elemente in kapitalistischer Umwelt gedeutet, waren Verflechtungen und Kartelle nicht nur zu tolerieren, sondern aktiv zu fördern. In einer Reichstagsrede aus dem Jahr 1926 (dokumentiert in Michaelis/Schraepler 1960: 152–153) legte Hilferding dar:

Weil dem Kapitalismus der Sozialismus immanent ist, weil die Organisation, die der Kapitalismus in der Wirtschaft schafft, schließlich in die demokratische Kontrolle dieser Wirtschaft durch die große Masse der Produzenten wird umschlagen müssen, gerade deswegen sagen wir: ... Wir treten ein für eine Staatsmacht, die diese gesellschaftliche Kontrolle vorbereitet und erweitert ...

Forderungen nach Entflechtung erschienen demgegenüber als reaktionäres Programm (so z.B. Sombart 1932/1987: 401). Nie waren Sozialdemokratie und Gewerkschaften von ihren heutigen liberalen Positionen in Fragen von Unternehmenskontrolle und Wettbewerb so weit entfernt wie in jener frühen zweiten Hälfte der Weimarer Republik, als die Theorien von organisiertem Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie sich als Leitideen durchgesetzt hatten.

Das Konzept hielt Einzug in Programme und offizielle Verlautbarungen. In einer Entschließung des Reichsbeirats der Betriebsräte und Vertreter größerer Konzerne des Deutschen Metallarbeiter-Verbands zum Thema Trust- und Kartellbildung vom Dezember 1926 ist zu lesen (dokumentiert in Kukuck/Schiffmann 1986: 851–854, Zitat 851–852):

Der Zusammenschluss der Industrie zu Trustgebilden und die Ausdehnung von Kartellen und ähnlichen Organisationen, die im Rahmen der Volkswirtschaft oder international eine monopolistische Beherrschung des Marktes erstreben, wird von der Arbeiterschaft als der Ausdruck einer Entwicklung des Hochkapitalismus erkannt, in der erste Ansätze zur Überwindung der Produktionsanarchie durch eine geregelte Wirtschaft sichtbar werden.

Die marxistische Linke innerhalb der SPD verhielt sich gegenüber dem neuen Revisionismus passiv (Könke 1987: 110–112). Alternative, die Argumentationslinien von Engels, Luxemburg und dem frühen Hilferding weiterführende Sichtweisen wurden in den Reihen von USPD und späterer KPD sowie von sowjetischen Kritikern auf der Grundlage der Lenin'schen Imperialismustheorie vertreten. Verfasst in Zürich im Jahr 1916, rezipierte Lenin für sein Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ vor allem deutschsprachige Quellen und Fachliteratur. Davon zeugen die Verweise auf Hilferdings „Finanzkapital“ (siehe z.B. Lenin 1917/1985: 55, 65) ebenso wie Lenins Analyse der Verflechtungsbeziehungen zwischen deutschen Großbanken und Industrie (ebd.: 37–71). Auch Lenin beschrieb diese Strukturen als „höchstes“, im Licht des marxistischen Fortschritts Glaubens deshalb wünschenswertes Stadium. Der Gedanke, der Monopolkapitalismus enthalte bereits selbst sozialistische Elemente, blieb Lenin aber fremd. Gegen Wagners Theorie des Staatssozialismus gewandt schrieb Lenin, es sei nichts als eine „bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei schon kein Kapitalismus mehr, er könne bereits als ‚Staatssozialismus‘ bezeichnet werden“ (zitiert nach Krause/Rudolph 1980: 131). Mit dem Hilferding'schen organisierten Kapitalismus, der bereits sozialistische Elemente in sich tragen sollte, wäre es ihm sicher nicht anders gegangen.

Als Kritiker in Lenin'scher Tradition setzten sich Bucharin und Leontjew mit der Theorie des organisierten Kapitalismus auseinander. Auch in Bucharins „Staatskapitalismus“ hatte der Kapitalismus durch seine inneren Strukturwandlungen einen Teil seines anarchischen Charakters eingebüßt. Bucharin glaubte aber nicht, dies werde die langfristige Stabilität und Lebensdauer des Kapitalismus erhöhen (Smaldone 2000: 145). Mit Präzision und Weitsicht spitzte Leontjew (1929) die schwachen Stellen der Hilferding'schen Theorie zu. Die „neuen Phase“ des Kapitalismus stehe und falle mit dem Wahrheitsgehalt der Behauptung, die kapitalistische Anarchie sei bereits durch das sozialistische Prinzip der Planung ersetzt und werde deshalb nicht mehr in zyklischen Überproduktionskrisen resultieren (ebd.: 669). Erst dies eröffne die Möglichkeit des „gemütlichen und friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ (ebd.: 665). Mit der bereits von Engels und Luxemburg behaupteten Fragilität kapitalistischer Organisation argumentierend, bezweifelte Leontjew, dass die Nachkriegskrise des Kapitalismus vorbei, ihre Folgen überwunden seien. Die behauptete „Aufpropfung sozialistischer Prinzipien auf die kapitalistische Wirtschaft“ (ebd.: 669) sei somit nur ein Schleier vor einem in Wahrheit weiterhin krisenanfälligen Kapitalismus. Zweifellos sollte Leontjew gegenüber Hilferding an dieser Stelle Recht behalten.

5 Hegemonie des Hilferding-Paradigmas

Wie konnten die Konzepte des organisierten Kapitalismus und der Wirtschaftsdemokratie in Sozialdemokratie und Gewerkschaften einen derartigen Siegeszug antreten und damit eine (scheinbar) gefestigte Präferenz für Organisation und gegen Wettbewerbspolitik etablieren, der allenfalls von einer Minderheit widersprochen wurde? Ereignisse in der Umwelt der theoretischen Diskurse der Arbeiterbewegung – der bürgerliche Diskurs, die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Errungenschaften und Anzeichen für Reorientierungen der Arbeitgeberverbände – stützten die Herausbildung der Präferenz für kapitalseitige Organisation. In der allgemeinen ökonomischen Debatte wurden Kartelle als moderne, gleichzeitig aber „natürliche“ Errungenschaften angesehen. Wettbewerbspolitik galt deshalb als realitätsfern. Liefmann schrieb in einem volkswirtschaftlichen Standardwerk:

Die Kartelle sind ja nichts willkürlich von den Unternehmen Geschaffenes, sondern sie und ihre Weiterbildungen sind notwendige Ergebnisse unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung; wir können sie auch gar nicht mehr entbehren, und ihre Unterdrückung, wenn überhaupt möglich, wäre ein Verzicht auf den wirtschaftlichen Fortschritt, der wie wir sahen, durch sie gefördert wird.

(Liefmann 1924: 139–140; siehe insbesondere auch Tschierschky 1928)

Dass die Unternehmen in Deutschland in besonderem Maß organisiert waren, deutete demnach auf eine besondere Modernität Deutschlands – bereits im „Finanzkapital“ hatte Hilferding dargelegt, Deutschland statt England werde hinsichtlich kapitalistischer Organisationsformen künftig die Zeichen setzen (siehe auch Weber 1929: 47) – oder auf Eigenschaften des deutschen Nationalcharakters, der diese Spielart des Kapitalismus eher nahe lege als andere. Hier zeigten sich Berührungspunkte zu korporativ-autoritären, nationalistischen Vorstellungen, die über die Gruppen der Deutschnationalen und späteren Nazis hinausreichten. An Schmoller anknüpfend, schrieb der liberale Nationalökonom Bonn, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, im Jahr 1932 (dokumentiert in Flemming et al. 1979: 356):

Durch seine eigenartige Sozialgeschichte ist Deutschland zum Lande der großen Organisationsmöglichkeiten, nicht der großen Organisatoren, gewissermaßen vorherbestimmt worden. Der einzelne Deutsche kann zwar nicht besser und geschickter organisieren als die Angehörigen anderer Staaten, obwohl man sich das gern einbildet; das deutsche Volk hat aber vor anderen Völkern die Fähigkeit zum Organisiertwerden voraus. Es legt auf die äußere Freiheit des Handelns keinen großen Wert und meidet den Zwang nicht, solange es im Denken sich keine Schranken zu setzen braucht. Nur in Deutschland verliert der einzelne, wenn er gezwungen wird und den Zwang empfindet, nicht die Lust zur Initiative. Im Gegenteil. Gezwungenwerden erlöst breite Schichten von Verantwortung und ermöglicht ihnen, mit ganzer Kraft den von anderen gesteckten Zielen entgegenzustreben. Es ist so ein eigenartig starrer, autoritativer Kapitalismus entstanden, dem die Ordnung die Freiheit ersetzt, dem das Monopol natürlicher erscheint als der freie Wettbewerb, der nur in Substanzen und nicht in Wertvorstellungen zu denken pflegt und dem überhaupt viele Elemente fehlen, die man anderswo als Elemente des Kapitalismus betrachtet.

Etwas Eigentümliches trat hinzu: Die Vorstellung, Organisation bedeute ein sozialistisches Element in kapitalistischer Umwelt oder führe sogar gänzlich in den Sozialismus, wurde auch von nichtsozialistischen Zeitgenossen geteilt und musste auf die Arbeiterbewegung ideologisch bestärkend wirken. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kartelltheorie Schmalenbachs, der als Begründer der modernen Betriebswirtschaftslehre gilt. Schmalenbach (1928: 243–245) beobachtete nachhaltige Veränderungen in der Kostenstruktur industrieller Produktion, die den Anteil fixer Kosten gegenüber den proportionalen Ausgaben steigen ließen. Die zunehmende Automatisierung ersetzte Arbeitskraft durch Maschinen, die keine Lohnkosten, sondern Zinsen und Abschreibungskosten nach sich zogen. Solche Kosten fallen unabhängig vom Produktionsvolumen an. Sinkt die Rentabilität, führt die Einschränkung der Produktion nicht zu nennenswerter Kostensenkung, und Unternehmen ziehen es vor, unter den durchschnittlichen Selbstkosten weiter zu produzieren. Zwar arbeiten Unternehmen dann mit Verlust. Aber dieser würde noch höher ausfallen, wenn man die Produktion verringern und trotzdem noch alle Kosten tragen müsste. Auf diese Situation sei eine durch Kartelle organisierte Einschränkung der Produktion die adäquate Antwort. „Wenn ich irgendeinen Weg sähe, zu der alten freien Wirtschaft zurückzukehren, so würde ich ganz gewiss raten, diesen Weg zu beschreiten“, schrieb Schmalenbach (ebd.: 246). Unter den gegebenen Umständen aber sei die kartellierte Wirtschaft dem Konkurrenzkapitalismus trotz Schwerfälligkeit und Bürokratismus überlegen. Ähnlich wie Kleinwächter ging Schmalenbach davon aus, die Wirtschaft werde sich in Richtung eines zunftähnlichen Zustands entwickeln.⁹ Die einzelnen Wirtschaftszweige müssten ihre Monopolstellung dann „vom Staate empfangen“ (ebd.: 249) und akzeptieren, dass ihnen der Staat im Gegenzug Pflichten auferlege. „Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen“ (ebd.: 242).

Nicht nur Schmalenbach verkörperte solche Ideen. Schon Kleinwächter (1883) hatte Kartelle als moderne Spielart des Zunftwesens interpretiert und die politische Formbarkeit dieser Wirtschaftsform betont. In Sombarts Spätkapitalismus war die Wirtschaft durch Normalisierung (im Schumpeter'schen Sinn eines den wagemutigen kapitalistischen Geist ersetzenden Bürokratismus), Organisierung und zunehmende Statisierung gekennzeichnet. Der Staat könne die neu entstandenen „industriellen Herzogtümer“ (Sombart 1932/1987: 401) nicht unreguliert lassen. Die Banken würden zu nationalen Infrastrukturen einer quasi-sozialistischen Wirtschaft. „Nachdem der öffentliche Charakter der Großbanken einmal erkannt und anerkannt ist, scheinen sie vor allem berufen, durch eine planwirtschaftlich sinnvolle Kreditpolitik zu regelnden Organen der Volkswirtschaft zu werden“ (ebd.: 402). Rathenau (1918), selbst Industrieller, sah die moderne Aktiengesellschaft als „Zwischengebilde zwischen

9 Kritisch Adolf Weber (1929: 37–54), der auf die Internalisierung von Konkurrenz durch die Kartelle, insbesondere um Führungspositionen, hinwies; vgl. aber Weber (1948: 210).

privatem Unternehmertum und öffentlicher Verwaltung“ (ebd.: 32) und plädierte für staatlich anerkannte und überwachte Berufsverbände, die ein halböffentliches „Supermonopol“ etablieren sollten (Krause/Rudolph 1980: 344). 1928 legte der Nationalökonom Ritschl dar, dass sich Deutschland in der Wandlung von einer hochkapitalistischen in „eine spätkapitalistische oder frühsozialistische Wirtschaft“ befand (zitiert nach Smaldone 2000: 147). Schumpeter, ähnlich wie Sombart, sah die Funktion des Privatunternehmers im Übergang von der dynamischen zur statischen Wirtschaft überflüssig werden und bejahte die Frage, ob der Sozialismus funktionieren könne (im späteren Hauptwerk: Schumpeter 1942/1950: 267).

Es war kein Zufall, dass die Begeisterung für den organisierten Kapitalismus mit einer wirtschaftlich und sozialpolitisch erfolgreichen Phase relativer Stabilität zwischen 1924 und 1929 zusammenfiel. In der Fachliteratur ist umstritten, ob die unmittelbare Gründerphase oder die zweite Hälfte der zwanziger Jahre als entscheidende sozialpolitische Expansionsphase der Weimarer Republik anzusehen ist. Abelshäuser (1989: 17f.) legt dar, dass die Arbeiterbewegung seit Mitte der Zwanziger einige Errungenschaften der Revolutionsjahre, die in Folge der Krise von 1923 verloren gegangen waren, zurückerobern konnten, allen voran den Achtsturentag, die Wiedereinführung des Dreischichtsystems in der Großindustrie und eine vergleichsweise günstige Reallohnposition. Hinzu traten Reformen der Unfallversicherung, der Gesundheitsfürsorge und des Kündigungsschutzes (Könke 1987: 70). Als herausragende sozialpolitische Reform wird in der Literatur zudem das im Oktober 1927 von einer großen Mehrheit von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen verabschiedete „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ (AVAVG) angesehen, das einen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung etablierte (ebd.; Faust 1987: 260; Flemming et al. 1979: 274). Zudem setzte sich in Gewerkschaften und SPD im Lauf der Zwanziger eine zunehmend positive Beurteilung des anfangs ambivalent beurteilten staatlichen Schlichtungswesens durch (Bähr 1989: 240–242; Mai 1987: 44f.; Winkler 2000: 440f.).¹⁰ Der ADGB-Arbeitsrechtsexperte Nörpel referierte im März 1929: „Das Schlichtungswesen bedeutet die Einflussnahme der Gewerkschaften auf den Staat, sie bedeutet die Politisierung des Lohnes“ (zit. nach Bähr 1989: 241). Die Expansion des Sozial- und Interventionsstaats führte Gewerkschaften und Sozialdemokratie vor, dass der Kapitalismus der neuen Phase tatsächlich der politischen Steuerung im Sinne der Beschäftigten zugänglich zu sein schien.

Der Optimismus von Gewerkschaften und Sozialdemokratie hatte eine weitere, tiefer liegende Ursache. Mit marxistischem Rüstzeug erklärt, sagte sozialpolitischer Fortschritt etwas über die Kampfkraft der Arbeiterklasse, aber zunächst noch nichts über Folgewirkungen kapitalistischer Organisation aus. Gleichzeitig mehrten sich aber auch

10 Staatliche Schlichtung und ihre allgemeine Verbindlichkeit wurden bereits durch die Demobilisierungsverordnungen vom Januar 1919 eingeführt und dann in die Schlichtungsordnung von 1923 übernommen.

– möglicherweise trügerische – Anzeichen für vom Marxismus nicht prognostizierte Veränderungen der Präferenzen auf Arbeitgeberseite. Das Kapital schien durch die neuen Organisationsformen einen Zivilisierungsprozess zu durchlaufen. Von Anfang an standen der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) dem parlamentarischen System der Weimarer Republik distanziert gegenüber (Blaich 1987). Der RDI hatte offen gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts votiert. Nicht wenige Vertreter des Unternehmertums, vor allem aus Schwerindustrie und Mittelstand, liebäugelten mit einer Rückkehr zu der obrigkeitstaatlich-patriarchalischen Unternehmensorganisation des Kaiserreichs und sahen ihre politische Heimat deshalb in der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP).

Während der frühen zweiten Hälfte der Zwanziger schienen sich jedoch Anzeichen für Wandlungen im Unternehmerlager zu mehren. Zu den schwerindustriellen wirtschaftlichen Zentren an Rhein und Ruhr traten neue Wachstumsbranchen wie Chemie und Elektrotechnik hinzu (Blaich 1987: 169). Der RDI schien versöhnliche, demokratischere Töne anzuschlagen. Sie wurden insbesondere durch die viel diskutierte Rede des stellvertretenden RDI-Vorsitzenden Silverberg, DVP-Mitglied und rheinischer Braunkohleproduzent, vom September 1926 repräsentiert (dokumentiert in Michaelis/Schraepfer 1960: 164–174). Die Syndikate und Kartelle, so Silverberg (ebd.: 167), hatten den Egoismus der Großunternehmen gebremst und der wirtschaftlichen Entwicklung Stabilität verliehen. Es sei nicht zu verkennen, „dass sich in dem Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen“ habe (ebd.: 169). Von der vormals geschlossen ablehnenden Haltung gegenüber dem demokratischen Staat sei nichts mehr übrig: „Das deutsche Unternehmertum steht restlos auf staatsbejahendem Standpunkt“ (ebd.: 165). Die bürgerlichen Parteien forderte er zur Integration der Sozialdemokratie, die SPD zum Eintritt in die Regierung auf: „(Es) soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden“ (ebd.: 169). Ob die Silverberg-Rede tatsächlich einen – wenn, dann ohnehin nicht lange andauernden – grundsätzlichen Sinneswandel im Unternehmerlager der Weimarer Republik anzeigte, bleibt bis heute umstritten. Möglicherweise waren die Kooperationsangebote Silverbergs allein taktischen Überlegungen der Tagespolitik geschuldet (Abelshausen 1987: 163f.). Gleichwohl schienen sie zu bestätigen, dass der organisierte Kapitalismus in einer aus Sicht der Arbeiterbewegung günstigen Entwicklung begriffen war.

Hilferding (1926) beschäftigte sich ausführlich mit den Implikationen der Silverberg-Rede und legte eine ins Sozialpolitische gewendete Variante der Schmalenbach'schen Kartelltheorie vor, der zufolge dieselben ökonomischen Veränderungen, die die Kartelle hervorgebracht hatten, nun auch den Widerstand der Arbeitgeber gegen lohn- und sozialpolitische Belange der Beschäftigten unterminierten. Anhand des Beispiels des ein Jahr zuvor gegründeten Chemiekartells IG Farben legte Hilferding dar:

Diese Industrie ist aber – und dies hat sie mit vielen Fertigindustrien gemeinsam – nicht in so unmittelbarem und unvermitteltem Gegensatz zur Arbeiterklasse wie die Schwerindustrie. Bei dieser ist der Lohnanteil der wichtigste Posten der Kostenrechnung. Jede Lohnbewegung, jede Verkürzung der Arbeitszeit findet bei ihr den heftigsten Widerstand. Politisch beherrschend, bewusst die Macht des Obrigkeitsstaates gegen die Arbeiter rücksichtslos einsetzend, waren die Herren von Kohle und Eisen die unerbittlichsten Feinde der Gewerkschaften und Tarifverträge. Anders immerhin die Fertigindustrien mit ihren qualifizierten Arbeitskräften ... Und erst recht in einer Industrie wie der chemischen, namentlich in Zeiten stürmischer Entwicklung ... [Neue Produktionsverfahren] sichern so außerordentliche Extraprofiten, dass dagegen die Lohnhöhe in ihrer Bedeutung ganz zurücktritt, die Stetigkeit des Betriebes weitaus wichtiger wird. Die Einstellung zu den Arbeiterorganisationen ist eine andere, eher zum Kompromiss neigende.

Hier formulierte Hilferding erstmals einen Gedanken, der in der heutigen Politischen Ökonomie lebhaft diskutiert wird. Dieser Theorie zufolge lassen sich sozialpolitische Unterschiede im internationalen Vergleich nicht allein mit der Kampfkraft der Arbeiterbewegung und der ihnen nahe stehenden Parteien erklären; vielmehr sei die Durchsetzbarkeit der Sozialpolitik auch von den Präferenzen der Arbeitgeber abhängig (Manow 2001; Mares 2004; Swenson 2002). Nachlassender Widerstand gegen Sozialpolitik schien auf über tagespolitische Erwägungen hinausgehende Transformationen in der Natur des Kapitals hinzuwirken. Gewerkschaften und Sozialdemokratie schienen es tatsächlich mit einem grundsätzlich veränderten, zivilisierteren Kapital zu tun zu haben. Es gab gute Gründe für die Annahme, der Kapitalismus könne, „bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden“ (so Naphtali 1928/1966: 19).

Schließlich mag auf Ebene der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auch ein gewisser Opportunismus zum Erfolg des Hilferding-Paradigmas beigetragen haben. Das Wachstum der Partei- und Gewerkschaftsapparate und die Beteiligung an den parlamentarischen und wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen dürfte ein Sicherheitsbedürfnis der Funktionäre etabliert und Entwürfe begünstigt haben, die Veränderungen unter Vermeidung abrupter institutioneller Brüche versprachen. In seiner Kritik am Konzept des organisierten Kapitalismus hatte Leontjew (1929: 680) angemerkt:

Sind [die Funktionäre aus SPD und Gewerkschaft] einmal als Bestandteil in die bürgerliche Herrschaftsmaschinerie aufgenommen, neigen sie dazu, das eigene Hineinwachsen in den kapitalistischen Apparat mit dem Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus zu wechseln.

6 Die Abkehr vom organisierten Kapitalismus

Die Ursachen für die positive Haltung der Arbeiterbewegung zum organisierten Kapitalismus in der zweiten Hälfte der Zwanziger sind zugleich die Gründe für die radikale Umdeutung der eigenen Präferenzen nach dem Zweiten Weltkrieg. Was ehemals als höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus galt, war nun eine reaktionäre Abart. Aus der Präferenz für Organisation wurde die Integration der Wettbewerbspolitik in die wirtschaftsdemokratischen Programme von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Wirtschaftsdemokratie bedeutete nun, neben Forderungen nach Verstaatlichung, Mitbestimmung und gemeinwirtschaftlichen Eigentumsformen für die Zerschlagung der Monopole, Entflechtung und eine durchsetzungsfähige staatliche Antikartellpolitik einzutreten. Keiner der Anstöße und Stabilisatoren des revisionistischen Programms der Weimarer Phase war nach Faschismus und Weltkrieg mehr vorhanden. Sicherheit der Funktionärsposten? Die NS-Diktatur hatte die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen, Funktionäre in Exil, Haft oder in die Konzentrationslager getrieben. Krisenfester organisierter Kapitalismus? Die 1929 begonnene Weltwirtschaftskrise hatte die Prognose einer krisenfesten Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft widerlegt und Theoretikern wie Leontjew und Luxemburg Recht gegeben.

Zivilisiertes Kapital? Noch in den zwanziger Jahren zeigte sich, dass die Silverberg-Rede trügerische Signale ausgesendet hatte. Schon im Jahr 1926 hatte Silverbergs Rede im Unternehmerlager kontroverse Reaktionen hervorgerufen. Falls sie tatsächlich eine politisch-ideologische Umorientierung des Unternehmertums angezeigt hatte, war diese nicht nachhaltig. Das zeigte sich spätestens im Jahr 1928. Die Sozialdemokratie war gestärkt, das bürgerliche Lager, insbesondere aber die rechtsgerichtete DNVP, hingegen geschwächt aus der Reichstagswahl vom Mai 1928 hervorgegangen (Blaich 1987: 174–176). Die weiche Haltung, so die Analyse im Arbeitgeberlager, hatte SPD und Gewerkschaften gestärkt. Die erneute Konfrontation mit den staatlichen Institutionen richtete sich gegen die Zwangsschlichtung. Einen im Oktober 1928 auf Anrufung durch die Gewerkschaften ergangenen Schiedsspruch in einem Lohnkonflikt der Eisen- und Stahlindustrie nahmen RDI und VDA zum Anlass, gegen das Schlichtungswesen Sturm zu laufen. Nach Verweigerung der Anerkennung des Schiedsspruchs sperrten sie zwischen 200.000 und 250.000 Arbeitnehmer aus und zwangen die Reichsregierung zum Einlenken (Bähr 1989: 250–274). SPD und Arbeiterbewegung wurde vorgeführt, dass der organisierte Kapitalismus die Unternehmer weit weniger zivilisiert hatte als vorher angenommen. Kurz darauf zeigte die Weltwirtschaftskrise: Auch hinsichtlich seiner Krisenanfälligkeit war der Kapitalismus immer noch der alte.

All dies waren aber Nebensächlichkeiten gegenüber der entscheidenden Fehleinschätzung Hilferdings und Naphtalis. „Die Utopie ..., Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu vernichten, ist erledigt“, hatte Hilferding im Jahr 1926 festgestellt. „Der deutschen nationalen Politik ist die ökonomische Grundlage entzogen“ (Hilferding 1926: 293). Die Spätphase der Weimarer Republik bewies das Gegenteil. Der organisierte Kapita-

lismus brachte nicht die Wirtschaftsdemokratie, sondern den Faschismus, und damit die autoritäre Variante von Pollocks Staatskapitalismus (Pollock 1941/1975), hervor.

Die Frage, in welchem Umfang das Unternehmertum zur Errichtung der NS-Diktatur beitrug, bleibt in der Geschichtswissenschaft umstritten. Konsens ist, dass zur Beantwortung dieser Frage zwischen unterschiedlichen Fraktionen des Kapitals zu unterscheiden ist; dass „Hitlers Helfer“ vor allem in der Schwerindustrie und im Mittelstand, weniger in der Chemie- und Elektroindustrie sowie im Finanzsektor zu suchen sind; und dass Extremhypothesen, denen zufolge die Ursachen des Nationalsozialismus entweder ausschließlich oder überhaupt nicht in den Machtkalkülen zu spezifizierender Fraktionen des Unternehmerlagers zu suchen sind, nicht realistisch sind. Über diese Gewissheiten hinaus existiert ein breites Meinungsspektrum. Marxistische Autoren geben eindeutige Antworten: Kuczynski zufolge war das Ziel der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie

... die offene terroristische Diktatur, auch gegen die Sozialdemokratie, gegen das „ganze Weimarer System“. ... Die Schwerindustrie begann die NSDAP als „ihre Massenpartei“ zu betrachten und Hitler sich als Tribunen für die Schwerindustrie. (Kuczynski 1966: 120 f.)

Czichon (1970: 67) bezeichnet den Nationalsozialismus als „Gesamtrepräsentation des Monopolkapitals“.

Turner (1972, 1974) nimmt in der Debatte eine Gegenposition ein und legt dar, dass industrielle Gelder nicht nur an die NSDAP, sondern auch an das gesamte bürgerliche Lager rechts von der SPD flossen; dass im Unternehmerlager ernsthafte Sorgen vor den sozialistischen Tendenzen in der NSDAP bestanden; dass selbst in der „Ruhrlade“, dem Zirkel herausragender Repräsentanten der Schwerindustrie, die Hoffnungen vor allem auf das bürgerliche Lager gerichtet waren; und dass der Nationalsozialismus insgesamt „sozio-ökonomisch in erster Linie nicht eine Bewegung der Gewinner im kapitalistischen Existenzkampf war, sondern eine Bewegung von Verlierern und von solchen, die fürchteten, Verlierer zu werden“ (Turner 1972: 31). Allerdings stellt auch Turner unmissverständlich klar, was geschah, nachdem Hitler die Industrie als Reichskanzler davon überzeugt hatte, dass er kein Sozialist war:

Ohne Schwierigkeiten holte er ..., beginnend mit der Reichstagswahl im März 1933, aus der Wirtschaft große Summen heraus. Dieses Geld half ihm zweifellos sehr. Aber es unterstützte ihn bei der Festigung seiner Macht, nicht bei [ihrer] Eroberung. (ebd.: 30)

Hallgarten/Radkau (1974: 196–198, 217), zwischen den Positionen vermittelnd, geben zu bedenken, dass der NSDAP nicht nur Geldströme aus der Industrie halfen, sondern auch stillschweigende Duldung und partielle Überschneidungen der Interessen. Ähnlich argumentiert Neumann im „Behemoth“, der bereits in der ersten Hälfte der Vierziger veröffentlichten ersten soziologischen Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems (Neumann 1944/1972, insbes. 350–361).

In der Arbeiterbewegung war die Frage nach der historischen Schuld der kapitalistischen Machtzentren weniger umstritten. Und so erfolgte die Umdeutung eigener Präferenzen vor allem durch Neubewertung der politischen Aspekte wirtschaftlicher Machtkonzentration. 1945 schrieb Schumacher über Kartelle, Trusts und Monopole:

Das aber ist jener Großbesitz, der sich immer wieder jedem sozialen Aufstieg der breiten Massen entgegenstellte, so den notwendigen sozialen Ausgleich verhinderte und zuletzt, nur um die Stunde seiner Klassenchance nicht zu verpassen, Deutschland dem Nationalsozialismus und damit dem Verderb auslieferte. (dokumentiert in Flechtheim 1963: 9–13, Zitat S. 10)

Im August 1946 forderte eine Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone die Verwirklichung der bei der Potsdamer Konferenz beschlossenen Beseitigung privater Monopole (dokumentiert in Mielke/Rütters 1991: 726–727). Entflechtung und die Errichtung einer effektiven staatlichen Monopol- und Kartellkontrolle gehörten auch zu den zentralen gewerkschaftlichen Forderungen auf dem Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Oktober 1949 in München (Leminsky/Otto 1974: 248; im Hinblick auf die SPD: Huster 1978: 189–171). Der Vorsitzende Böckler analysierte kapitalseitige Organisation als entscheidende Ursache des Faschismus:

Denn nicht ein weiteres Mal darf es geschehen, dass wirtschaftliche Zusammenballungen, in politische Macht umgesetzt, ein demokratisches Staatsgefüge zerstören, so wie es der deutschen Republik und ihrer Weimarer Verfassung geschah. (Deutscher Gewerkschaftsbund 1949/1989: 202)

Es blieb aber nicht bei der Aufwertung des Machtaspekts gegenüber den Vorteilen der Begrenzung von Konkurrenz durch kapitalistische Planung. Auch die bisher vertretene Zuordnung von Anarchie als Merkmal des Konkurrenzkapitalismus und Ordnung als Eigenschaft des organisierten Kapitalismus wurde in Frage gestellt. Bei Schumacher (dokumentiert in Flechtheim 1963: 9–13, Zitat S. 10) findet sich folgende, von 1945 datierende und die bisherige Sicht auf den Kopf stellende Textstelle:

Mit der Entwicklung vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus verliert der Kapitalismus seine automatische Selbststeuerung. Die industriellen Monopole zerreißen die Steuerkette, und das Schiff der Wirtschaft treibt steuerlos einem unabsehbaren Schicksal im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit und der volkswirtschaftlichen Wertevernichtung entgegen. Das Wort von der Wirtschaftsanarchie wird im Monopolkapitalismus buchstäblich Wirklichkeit.

Die Sozialdemokratie entwickelte ein positives Verhältnis zum Markt als im Vergleich zum Finanzkapital kleinerem Übel.

Dieser Präferenzwandel mag den Aktivisten der vierziger und fünfziger Jahre weniger dramatisch vorgekommen sein, als es retrospektiv den Anschein hat. Die entscheidenden Debatten jener Zeit behandelten die Frage des Gemeineigentums. Es hatte sich zunächst nicht das Ziel, sondern nur der Weg zum Ziel verändert. Der organisierte Kapitalismus war als Vorstufe des Übergangs zur Wirtschaftsdemokratie nicht mehr

willkommen. An der prinzipiell sozialistischen Grundausrichtung änderte das zunächst nichts. Allerdings erfolgte in den späten fünfziger Jahren bekanntlich eine zweite Reorientierung, mit der sich die SPD vom Ziel der Verstaatlichung der Produktionsmittel, und damit von der im engeren Sinn sozialistischen Perspektive, löste. Was blieb, als mit dem Godesberger Programm von 1959 das sozialistische Endziel wegfiel, der liberale Weg zum Ziel wurde und die Bändigung der Macht der Großwirtschaft als zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik (so das Godesberger Programm) im Raum stand? Eine liberale wettbewerbspolitische Haltung. Der DGB reproduzierte das Godesberger Programm der Sozialdemokratie mit seinem Düsseldorfer Programm aus dem Jahr 1963. Darin heißt es: „Monopole und Kartelle führen zur Einschränkung und Ausschaltung des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft. Deshalb ist das Wettbewerbsrecht wirksamer zu gestalten“ (Deutscher Gewerkschaftsbund 1970: 22). – „Die Programme der SPD und der Gewerkschaften sind, wenn ich so sagen darf, um einen nicht unbeträchtlichen Schritt den neoliberalen Vorstellungen näher gekommen“, konnte Gutowski (1966: 17) in den sechziger Jahren feststellen.

Damit näherten sich SPD und Gewerkschaften paradoxerweise der Linie des späteren Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) wieder an – jener Tradition, die auf Engels, Luxemburg, dem jungen Hilferding, Leontjew und Lenin gründete,¹¹ ohne sich an der revisionistischen Wende der zwanziger Jahre beteiligt zu haben. Vertreter der Stamokap-Theorie sahen „ein breites antimonopolistisches Bündnis“ (Boccarda et al. 1973: 197) als Vehikel zur gesellschaftlichen Transformation an (siehe auch Autorenkollektiv 1965: 733; Huffs Schmid 1995: 2). Der Antimonopolismus war in SPD und Gewerkschaften nicht unumstritten und wurde im Jahr 1950 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ kontrovers diskutiert. Zu einer Minderheit von Kritikern der neuen Position zählte Wagenführ (1950), der auf dem Hilferding-Paradigma beharrte:

Auf weiten Bereichen der Wirtschaft ist der freie Wettbewerb unrationell; wir müssen uns als Gewerkschafter nicht für eine Atomisierung, sondern für eine Ordnung des Marktes einsetzen. Eine solche Ordnung bedeutet daher in vielen Fällen nicht Auflösung der Bindungen, sondern ihre Beibehaltung, ja sogar ihre Schaffung.

Nach Vollendung der Reorientierung durch das Godesberger Programm schrieb der damals durch die Mehrheitshaltung längst marginalisierte Agartz:

Da der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung ein eigenes theoretisches Leitbild fehlt, ihnen jedoch die monopolistische Entwicklung Unbehagen bereitet, bekennen sie sich mangels einer wissenschaftlichen Substanz zur Opposition des Neoliberalismus, weil deren Anschauung eben Opposition ist. (Agartz 1959: 12)

11 Das gilt wohlgerne ausschließlich für die Haltungen dieser Theoretiker gegenüber Kartellen und dem sich entwickelnden organisierten Kapitalismus. In vielen, vor allem strategischen Fragen konnten die Positionen der genannten Autoren unterschiedlicher kaum sein.

Meine These ist, dass sich Gewerkschaften und Sozialdemokratie in jenen späten fünfziger und frühen sechziger Jahren eine liberale Haltung im Zielkonflikt zwischen kapitalistischer Organisation und Wettbewerbsökonomie erarbeitet hatten, die sie bruchlos bis in die Gegenwart weiterführten. Im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 heißt es in fortgesetzt perfekter Umkehrung der Überzeugungen aus den Zeiten der späten Weimarer Republik:

Wirtschaftsdemokratie kann sich nur entfalten auf der Grundlage eines funktionierenden Wettbewerbsrechts, einer Entflechtung von Banken und Grossunternehmen und einer Reform der Unternehmensverfassung zur Stärkung der Kontroll- und Entscheidungsrechte der Mitbestimmungsorgane.

Und:

Um den Einfluss von Banken und Versicherungen auf Grundentscheidungen der Wirtschaft zurückzudrängen, wollen wir ihre Macht über Unternehmen durch Entflechtung von Kapitalbeteiligungen einschränken. (SPD 1998: 46)

Das bestätigen auch die parteipolitischen Konstellationen in den relevanten historischen Debatten zu Unternehmenskontrolle und Wettbewerbsrecht. Während der „siebenjährigen Kartellschlacht“, die in das zahnlose Wettbewerbsgesetz aus dem Jahr 1957 mündete, opponierte die SPD gemeinsam mit Erhard gegen die Mehrheit in CDU/CSU, die für Erhards liberale Ideen wenig übrig hatte. Vor dem Deutschen Bundestag räumte Erhard ein, „dass in dieser Vorlage sozusagen schon zu viele Köche den Brei etwas verdorben haben“ (Erhard 1955/1992: 269). Ähnlich verhielt es sich im Zug der Aktienrechtsreform von 1965, die hinsichtlich ihrer Wirkungen marginal blieb. Das Publizitätsgesetz aus dem Jahr 1968 wurde von der Sozialdemokratie vorangetrieben, von der CDU/CSU – insbesondere in der Person von Strauß – gebremst. Die Verschärfung des Wettbewerbsrechts im Jahr 1973 stieß auf den Widerstand der Opposition und führte nach Ansicht des damaligen BDI-Wettbewerbsprechers Söltner „von der sozialen Marktwirtschaft in die sozialistische Marxwirtschaft“ (zitiert nach Spiegel 44/1970). Im Jahr 1974 nutzte die SPD die Pleite der Herstatt-Bank, um eine Bankenkommission einzusetzen, die ihren Bericht im Jahr 1979 vorlegte und ein Verbot industrieller Bankenbeteiligungen ab einer Schwelle von 25 Prozent des Aktienkapitals des Beteiligungsunternehmens empfahl (Studienkommission 1979: 267). Nur der durch die FDP initiierte Regierungswechsel im Jahr 1982 verhinderte die Verabschiedung eines Entflechtungsgesetzes. Auch die während der siebziger Jahre erfolgte Stärkung der Landesbanken diente dem Ziel, den *de facto* kartellierten Bankensektor in den Wettbewerb zu treiben. Die kapitalmarktorientierte Haltung der Sozialdemokratie in den Neunzigern fügt sich konsequent in diese nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte, durch Abkehr vom Hilferding-Paradigma zustande gekommene wettbewerbspolitische Haltung ein.

7 Wandel fundamentaler Präferenzen

Als Ergebnis der Abkehr vom Hilferding-Paradigma nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Vollendung durch die Godesberger und Düsseldorfer Programme ist ein eigentümlicher Präferenzmix von Gewerkschaften und Sozialdemokratie entstanden, der aus der Perspektive des „Varieties-of-Capitalism“-Ansatzes zunächst nicht kohärent, und deshalb nicht Erfolg versprechend wirkt. Dieser Ansatz stellt institutionelle, unterschiedliche kapitalistische Sphären übergreifende Interaktionseffekte in den Vordergrund der Betrachtung. Erfolgreiche wirtschaftspolitische Strategien sind demnach vor allem dort möglich, wo die Institutionen unterschiedlicher Sphären in kohärenter Weise strategische Koordination nahe legen – oder aber, in ebenso gleichförmiger, die verschiedenen kapitalistischen Sphären übergreifender Weise marktförmig organisiert sind (Hall/Soskice 2001). In der Sphäre der Arbeitsbeziehungen verfolgen Gewerkschaften und Sozialdemokratie politische Ziele, die Unternehmensleitungen die langfristige Koordination ihrer Strategien mit Belegschaften und Gewerkschaften nahe legen. In der Sphäre der kapitalseitigen Unternehmenskontrolle wirken Gewerkschaften und Sozialdemokratie seit Ende des Zweiten Weltkriegs aber in Richtung der Begrenzung strategischer Koordination und deren Ersetzung durch marktförmige Beziehungen zwischen Unternehmen sowie Unternehmensleitungen und deren Eigentümern. Hier hat sich die Sozialdemokratie nicht zur Partei für „politics against markets“ (Esping-Andersen 1985), sondern – im Vergleich zur CDU – zur Marktpartei entwickelt. Politisches Ziel ist mithin ein mitbestimmter Marktkapitalismus.

Der Eindruck der Inkohärenz verschwindet jedoch, wenn der sozialdemokratische und gewerkschaftliche Präferenzmix nicht nach seinen Implikationen für das Ausmaß an strategischer Koordination befragt, sondern hinsichtlich der Einbettung der Wirtschaft in die Gesamtgesellschaft interpretiert wird. Das politische Ziel von Sozialdemokratie und Gewerkschaften war von Anfang an die Zivilisierung der Wirtschaft durch Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Einflusses, bis hin zur durch Verstaatlichung herbeigeführten gesellschaftlichen Dominanz, über die Produktion. In der Sphäre der Arbeitsbeziehungen führte dies zu den Forderungen nach Arbeitnehmermitbestimmung auf Unternehmensebene und deren Ergänzung durch Institutionen, die die Mitbestimmung an über die Einzelwirtschaft hinausweisende allgemeine Arbeitnehmerinteressen koppeln sollten.

In der Sphäre der Unternehmenskontrolle stand aber nicht von vornherein fest, welche Institutionen zur gesellschaftlichen Einbettung der Produktion geeignet waren. Halls (2004) Einsichten in die Formierung politischer Präferenzen sind hilfreich, um den programmatischen Wandel der Arbeiterbewegung nachzuvollziehen. Präferenzen haften kollektiven Akteuren nicht *ex ante* an, sondern müssen historisch erarbeitet werden. Bis zur Mitte der Weimarer Republik taten sich SPD und Gewerkschaften mit der Formulierung adäquater Antworten auf den organisierten Kapitalismus schwer. Die multiplen Effekte jeder denkbaren politischen Haltung verhinderten eindeutige ideologische Konsequenzen. Die vermeintlich ordnenden, die kapitalistische Anarchie

begrenzenden Effekte legten die durch historische Erfahrung wohl begründete Vermutung nahe, der organisierte Kapitalismus sei die gesellschaftlich stärker eingebettete, zivilere Spielart, die „in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewussten Einwirkung der Gesellschaft“ (Hilferding 1927/1982: 218) zu unterliegen schien. Gleichzeitig sprachen die sich formierenden kapitalistischen Machtzentren aus Sicht der Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Organisation. Die Formulierung einer politischen Haltung dazu konnte nur unter Ungewissheit, unter Unkenntnis über die zukünftigen Effekte gegenwärtigen politischen Handelns erfolgen. Die Formierung von Präferenzen hat deshalb notwendig experimentellen Charakter.

Wie Hall (2004) nahe legt, sind Reformulierungen von Präferenzen vor allem angesichts historischer Ereignisse zu erwarten, die eine einmal erarbeitete Ordnung an sich widersprüchlicher Teilpräferenzen in Frage stellen. Die historische Lektion der Arbeiterbewegung während und nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten lautete, dass der organisierte Kapitalismus keineswegs die zivilere Spielart hervorgebracht hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erwuchs in Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Einsicht, dass die zivilisierenden Wirkungen liberaler Wettbewerbspolitik – ergänzt durch Mitbestimmung und Gewerkschaftsmacht – dem organisierten Kapitalismus überlegen sein mussten. Damit näherten sich SPD und Gewerkschaften wirtschaftsliberalen Vorstellungen kapitalseitiger Unternehmenskontrolle an.

In Analogie zum institutionellen Wandel (Thelen 2003) kann Präferenzwandel inkrementell, etwa durch graduelle Reinterpretation der Beweggründe für politische Forderungen oder durch die Kopplung traditioneller Programmatik an neue Sichtweisen, erfolgen. Ein Beispiel für solch inkrementelle Reinterpretation ist die (noch) fast konsensuelle Präferenz für den Erhalt der Mitbestimmung, die ursprünglich vor allem als Mittel zur Kontrolle und Begrenzung kapitalistischer Macht gedacht war. Seit den achtziger Jahren findet die Präferenz für Mitbestimmung ihre Begründung zunehmend in der Suche nach „effizienten“ betriebswirtschaftlichen Formen der Arbeitnehmerbeteiligung im Rahmen des „Human Resource Management“ und hat damit ihre Richtung gewechselt. Eruptiver Präferenzwandel ist seltener. In diesem Fall geraten neue, von den Präferenzträgern zu verarbeitende Informationen derart schockartig mit der einmal erarbeiteten Programmatik in Widerspruch, dass alte Präferenzen zerstört und durch neue ersetzt werden. So verhielt es sich nach Nationalsozialismus und Weltkrieg mit der in einem fast fünfzig Jahre dauernden Interpretationsprozess erarbeiteten Haltung der Arbeiterbewegung zum organisierten Kapitalismus. Graduel-ler oder eruptiver Präferenzwandel in diesem Sinn kann vor allem mit Hilfe historisch-genetischer Beschreibung verstanden werden. Die Erklärungskraft von Medianwähler-Theorien zur Bestimmung von Präferenzen bleibt begrenzt, wo multiple Interessen, historische Erfahrung, aktive interpretative Arbeit und Handeln unter Unsicherheit ins Spiel kommen.

Allerdings darf vermutet werden, dass programmatische Positionierungen in Reden und Parteiprogrammen gefestigter wirken, als sie in Wahrheit sind. Auch nach der

programmatischen Reorientierung der Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg blieb ihr Verhältnis zu kapitalseitiger Organisation in der Bundesrepublik ambivalent. Ursache der widersprüchlichen Haltung sind die multiplen Identitäten politischer Organisationen. Die Sozialdemokratie war und ist gleichzeitig Repräsentantin von Beschäftigten kartellierter und nicht kartellierter, verflochtener und nicht verflochtener Unternehmen, darunter auch solche, die im Krisenfall von engen Beziehungen zu Banken profitieren können;¹² von Beschäftigten und Selbstständigen in ihrer Rolle als Verbraucher, die potenzielle Opfer der Preispolitik kartellierter Unternehmen sind; von politischen Staatsbürgern, die der politischen Macht organisierten Kapitals gegenüberstehen; und zunehmend auch von abhängig Beschäftigten in ihrer Rolle als Anleger, die vor der Übervorteilung durch Mehrheitsaktionäre, Banken und Manager zu schützen sind.

Und so entfaltet auch der Niedergang des organisierten Kapitalismus aus Arbeitnehmersicht ambivalente, widersprüchliche Wirkungen. Einerseits kommt den Gewerkschaften als Tarifpartei durch die Schwächung der Arbeitgeberverbände zunehmend der kollektive Verhandlungspartner abhanden. Die Entwicklungen der neunziger Jahre zeigen aber auch, wie die mit der Internationalisierung einhergehende Wettbewerbsverschärfung die kollektive Handlungsfähigkeit der Arbeitgeber im aus Gewerkschaftssicht wünschenswerten Sinne schwächt. Während der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Herbst 1996 hatte sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) als unfähig erwiesen, Großunternehmen zum kollektiven Vorgehen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach tarifvertraglicher Wiedereinführung der Lohnfortzahlung zu bewegen (Thelen 2000: 163). Inzwischen lösen sich Banken aus den engen Verbindungen mit Industrieunternehmen und dünnen damit das Unternehmensnetzwerk aus wechselseitigen Kapitalbeteiligungen und Personalverflechtungen aus, dessen Existenz seit dem Zweiten Weltkrieg von Gewerkschaften und Sozialdemokratie negativ bewertet wurde. Erneut stehen multiple Wirkungen ein- und derselben politischen Präferenz in Widerspruch zueinander. Bisher erweist sich die Wettbewerbspräferenz des Mitte-Links-Spektrums als stabil. Gleichwohl geht auch sie mit Unkenntnis über die zukünftigen Folgen gegenwärtiger wirtschaftlicher Liberalisierung einher. Die langfristigen Wirkungen der Auflösung des organisierten Kapitalismus und dessen Ersetzung durch marktförmige Steuerungsformen sind nicht bekannt, können überraschen und erneut zur Reinterpretation fundamentaler politischer Präferenzen führen.

12 Darüber hinaus gab es in der Geschichte der Bundesrepublik viele Fälle, in denen Verflechtungen zwischen Industrie und Banken dem Staat Einflusskanäle auf an sich privatwirtschaftliche Investitionsentscheidungen eröffneten. Dies wurde freilich durch ebenso großen Einfluss des Finanzsektors auf die staatliche Wirtschaftspolitik erkaufte. Ich zeige dies im Rahmen eines Beitrags über das Zusammenwirken von Sozialdemokratie und organisiertem Kapitalismus in den siebziger Jahren, der sich zurzeit in Vorbereitung befindet.

Literatur

- Abelshauer, Werner, 1987: Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Werner Abelshauer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*. Stuttgart: Steiner, 147–170.
- , 1989: Macht oder ökonomisches Gesetz? Sozialpolitik und wirtschaftliche Wechsellagen vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. In: Georg Vobruba (Hrsg.), *Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik*. Berlin: Duncker & Humblot, 13–29.
- Abelshauer, Werner (Hrsg.), 1987: *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*. Stuttgart: Steiner.
- Agartz, Viktor, 1959: *Bemerkungen zum Programm der SPD*. Vortrag, gehalten am 5. Februar 1959 vor der Karl-Marx-Gesellschaft. Fulda: Fuldaer Verlagsanstalt.
- Autorenkollektiv, 1965: *Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland*. Berlin: Dietz.
- Bähr, Johannes, 1989: *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919–1932*. Berlin: Colloquium Verlag.
- Bernstein, Eduard, 1899/1920: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Neue, verbesserte und ergänzte Ausgabe. Stuttgart: Dietz.
- Beyer, Jürgen, 1998: *Managerherrschaft in Deutschland? „Corporate Governance“ unter Verflechtungsbedingungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Blaich, Fritz, 1973: *Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914*. Düsseldorf: Droste.
- , 1987: Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918–1930. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*. Düsseldorf: Droste, 158–178.
- Boccarda, Paul, et al., 1973: *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Verlag Marxistische Blätter.
- Bracher, Karl Dietrich, 1960: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. 3., verbesserte und ergänzte Auflage. Villingen: Ring-Verlag.
- Czichon, Eberhard, 1970: *Der Bankier und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, 1949/1989: „Mittelpunkt ist der arbeitende Mensch.“ Protokoll zum Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München, 12.–14. Oktober 1949. Mit einer Einleitung von Hans Hermann Hartwich. Reprint. Köln: Bund.
- , 1970: *Dokumente der Gewerkschaften. Programmatische Dokumente zur Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. Frankfurt a.M.: Nachrichten-Verlags-GmbH.
- Engels, Friedrich, 1878/1971: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)*. 16. Auflage. Berlin: Dietz-Verlag.
- Erhard, Ludwig, 1992: Rede zur ersten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 24. März 1955. In: Ludwig Erhard, *Deutsche Wirtschaftspolitik*. Düsseldorf: Econ, 269–275.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1985: *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*. Princeton: Princeton University Press.
- Faust, Anselm, 1987: Von der Fürsorge zur Arbeitsmarktpolitik: Die Errichtung der Arbeitslosenversicherung. In: Werner Abelshauer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*. Stuttgart: Steiner, 260–279.
- Flechtheim, Ossip K., 1963: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Band 3: Programmatik der Parteien, zweiter Teil*. Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co.

- Flemming, Jens, et al. (Hrsg.), 1979: *Die Republik von Weimar*, Band 2: *Das sozialökonomische System*. Düsseldorf: Droste.
- Gutowski, Armin, 1966: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des DGB in neoliberaler Sicht. In: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsverfassung im DGB-Grundsatzprogramm. Referate einer öffentlichen Tagung der DGB-Bundesschule Bad Kreuznach am 4. und 5. April 1966*. Düsseldorf: Deutscher Gewerkschaftsbund, 15–25.
- Hall, Peter, 2004: Preference Formation as a Political Process: The Case of European Monetary Union. In: Ira Katznelson/Barry Weingast (Hrsg.), *Preferences in Time: Perspectives from Rational Choice and Historical Institutionalism*. London: Sage, im Erscheinen.
- Hall, Peter A./David Soskice, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism. In: Peter Hall/David Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–71.
- Hallgarten, George W.F., 1966: *Dämonen oder Retter? Eine kurze Geschichte der Diktatur seit 600 v. Chr.* München: DTV.
- , 1974: *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Hilferding, Rudolf, 1909/1923: *Das Finanzkapital*. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.
- , 1926: Politische Probleme. Zum Aufruf Wirths und zur Rede Silverbergs. In: *Die Gesellschaft* 3, 289–302.
- , 1915/1982: Arbeitsgemeinschaft der Klassen? In: *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Herausgegeben von Cora Stephan. Bonn: Dietz, 63–76.
- , 1927/1982: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik. In: *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Herausgegeben von Cora Stephan. Bonn: Dietz, 212–236.
- Höpner, Martin, 2003: *Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland*. Frankfurt a.M: Campus.
- , 2004: Der organisierte Kapitalismus in Deutschland und sein Niedergang. In: Roland Czada/Reinhard Zintl (Hrsg.), *Staat und Markt*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 34, 300–324.
- Höpner, Martin/Lothar Krempel, 2003: *The Politics of the German Company Network*. MPIfG Working Paper 03/9. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
< <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp03-9/wp03-9.html> >
- Huffs Schmid, Jörg, 1995: Weder toter Hund noch schlafender Löwe: Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 2/1995, 34–39.
- Huster, Ernst-Ulrich, 1978: *Die Politik der SPD 1945–1950*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kautsky, Karl, 1909 [1972]: *Der Weg zur Macht. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand*. Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Kleinwächter, Friedrich, 1883: *Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft*. Innsbruck: Verlag der Wagner'schen Universitäts-Buchhandlung.
- Könke, Günter, 1987: *Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924–1932)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Krause, Werner/Günther Rudolph, 1980: *Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 bis 1945*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Kuczynski, Jürgen, 1966: *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Teil I: *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart*. Band 5: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Kukuck, Horst-A./Dieter Schiffmann, 1986: *Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930*. Zwei Halbbände. (Bände 3/I und 3/II der Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, begründet von Erich Matthias, herausgegeben von Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde.) Köln: Bund.

- Leminsky, Gerhard/Bernd Otto, 1974: *Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. Köln: Bund.
- Lenin, Wladimir I., 1917/1985: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Berlin: Dietz.
- Leontjew, L., 1929: Der organisierte Kapitalismus und die Wirtschaftsdemokratie. In: *Unter dem Banner des Marxismus* 39, 660–687.
- Liefmann, Robert, 1924: *Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation*. 6., erweiterte und verbesserte Auflage. Stuttgart: Verlag von Ernst Heinrich Moriz.
- Luxemburg, Rosa, 1899/1979: Sozialreform oder Revolution? In: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Band 1: 1893 bis 1905. Erster Halbband. Berlin: Dietz, 686–689.
- Mai, Gunther, 1987: „Wenn der Mensch Hunger hat, hört alles auf.“ Wirtschaftliche und soziale Ausgangsbedingungen der Weimarer Republik (1914–1924). In: Werner Abelshäuser (Hrsg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*. Stuttgart: Steiner, 33–62.
- Manow, Philip, 2001: *Social Protection, Capitalist Production. The Bismarckian Welfare State and the German Political Economy from the 1880s to the 1990s*. Habilitationsschrift. Konstanz: Universität Konstanz.
- Mares, Isabela, 2004: *The Politics of Social Risk: Business and Welfare State Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marx, Karl, 1867/1986: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. 30. Auflage. Berlin: Dietz.
- , 1883/1985: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band*. Herausgegeben von Friedrich Engels. 25. Auflage. Berlin: Dietz.
- , 1894/1986: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*. Herausgegeben von Friedrich Engels. 27. Auflage. Berlin: Dietz.
- Michaelis, Herbert/Ernst Schraepfer, unter Mitwirkung von Günter Scheel (Hrsg.), 1960: *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, Band 6: *Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928: Rapallo, Dawesplan, Genf*. Berlin: Wendler & Co.
- Mielke, Siegfried/Peter Rütters, unter Mitarbeit von Michael Becker, 1991: *Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949. Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, Band 7*. Begründet von Erich Matthias, herausgegeben von Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde. Köln: Bund.
- Naphtali, Fritz, 1928/1966: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Neebe, Reinhard, 1987: Konflikt und Kooperation 1930–1933. Anmerkungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Weltwirtschaftskrise. In: Werner Abelshäuser (Hrsg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*. Stuttgart: Steiner, 226–238.
- Neumann, Franz, 1944/1972: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933–1944*. New York: Octagon Books.
- Pollock, Friedrich, 1941/1975: Staatskapitalismus. In: *Stadien des Kapitalismus*. Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Dubiel. München: Beck, 72–100.
- Rathenau, Walther, 1918: *Die neue Wirtschaft*. Berlin: Fischer.
- Schmalenbach, Eugen, 1928: Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung. In: *Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung* 22, 241–251.
- Schoenlank, Bruno, 1890: Die Kartelle. Beiträge zu einer Morphologie der Unternehmerverbände. In: *Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik*, Dritter Band. Tübingen.
- Schumpeter, Joseph A., 1942/1950: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Mit einer Einleitung von Edgar Salin. 2., erweiterte Auflage. Bern: A. Francke AG Verlag.
- Shonfield, Andrew, 1968: *Geplanter Kapitalismus*. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Smaldone, William, 2000: *Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten*. Bonn: Dietz.

- Sombart, Werner, 1932/1987: Die Zukunft des Kapitalismus. *Sombarts „Moderner Kapitalismus“*. *Materialien zur Kritik und Rezeption*. Herausgegeben von Bernhard von Brocke. München: DTV, 394–418.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1998: *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17. April 1998. Berlin: SPD.
- Studienkommission „Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft“, 1979: *Bericht der Studienkommission „Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft“*. Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen. Bonn: Stollfuß.
- Swenson, Peter, 2002: *Capitalists against Markets. The Making of Labor Markets and Welfare States in the United States and Sweden*. Oxford: Oxford University Press.
- Thelen, Kathleen, 2000: Why German Employers Cannot Bring themselves to Dismantle the German Model. In: Torben Iversen/Jonas Pontusson/David Soskice (Hrsg.), *Unions, Employers, and Central Banks. Macroeconomic Coordination and Institutional Change in Social Market Economies*. Cambridge: Cambridge University Press, 138–169.
- , 2003: How Institutions Evolve: Insights from Comparative-historical Analysis. In: James Mahoney/Dietrich Rueschemeyer (Hrsg.), *Comparative-historical Analysis: Innovations in Theory and Method*. Cambridge: Cambridge University Press, 208–240.
- Tschierschky, Siegfried, 1928: *Kartell-Organisation*. Berlin/Wien: Industrieverlag Spaeth & Linde.
- Turner, Henry A., 1974: Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP. In: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973*. Düsseldorf: Droste Verlag, 919–947.
- , 1972: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Verein für Socialpolitik, 1894: *Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande. Fünfzehn Schilderungen nebst einer Anzahl Statuten und Beilagen*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Wagenführ, Rolf, 1950: Unsere Stellungnahme zum Monopolproblem. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3/1950, 103–106.
- Weber, Adolf, 1929: *Ende des Kapitalismus? Die Notwendigkeit freier Erwerbswirtschaft*. München: Max Hueber Verlag.
- , 1948: *Kurzgefasste Volkswirtschaftslehre*. 4., durchgesehene und ergänzte Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1974: Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 36–57.
- Winkler, Heinrich August, 2000: *Der lange Weg nach Westen*, Band 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München: Beck.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 04/9
P. Manow, H. Zorn
Office versus Policy Motives in Portfolio Allocation: The Case of Junior Ministers

DP 04/8
M. Höpner
Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss: Die Mitbestimmungsdebatte im Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung

DP 04/7
S. Avdagic
Loyalty and Power in Union-Party Alliances: Labor Politics in Postcommunism

DP 04/6
P. Manow, A. Schäfer, H. Zorn
European Social Policy and Europe's Party-Political Center of Gravity, 1957-2003

DP 04/5
P. A. Hall, D. W. Gingerich
Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis

DP 04/4
R. Mayntz
Organizational Forms of Terrorism: Hierarchy, Network, or a Type sui generis?

MPIfG Working Papers

WP 04/6
F. W. Scharpf
Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats

WP 04/5
A. Schäfer
A New Form of Governance? Comparing the Open Method of Coordination to Multilateral Surveillance by the IMF and the OECD

WP 04/4
W. Streeck
Globalisierung: Mythos und Wirklichkeit

WP 04/3
P. Manow
'The Good, the Bad, and the Ugly' – Esping-Andersen's Regime Typology and the Religious Roots of the Western Welfare State

WP 04/2
F. W. Scharpf
Der deutsche Föderalismus – reformbedürftig und reformierbar?

WP 04/1
R. Mayntz
Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?

MPIfG Books

J. Beckert, J. Eckert, M. Kohli, W. Streeck (Hg.)
Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen
Campus, 2004

S. Ganghof
Wer regiert in der Steuerpolitik? Einkommensteuerreform zwischen internationalem Wettbewerb und nationalen Verteilungskonflikten
Campus 2004

H. Enderlein
Nationale Wirtschaftspolitik in der europäischen Währungsunion
Campus 2004

C. Crouch, P. Le Galès, C. Trigilia, and H. Voelzkow (eds.)
Changing Governance of Local Economies. Responses of European Local Production Systems
Oxford University Press 2004

H. Kitschelt, W. Streeck (eds.)
Germany: Beyond the Stable State
Frank Cass 2004

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Online at the MPIfG website.

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our *Recent Publications* brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.